

WOHNST DU NOCH?

Lange ist die GENTRIFIZIERUNG in Deutschland als Problem Berliner Rentner und Studenten verharmlost worden. Nun zeigt sich: Wo immer mehr Menschen aus ihren Wohnungen verdrängt werden, entsteht sozialer Sprengstoff. Eine Reportage aus Köln

FOTOS: HEIKO SPECHT
TEXT: ANDRÉ BOSSE

Plötzlich spricht die Radmechanikerin im grauen Kapuzenpulli wie die Börsenexpertin aus dem Fernsehen. „Dieses Haus ist Risikokapital!“ Jenny Bertram macht das geschickt, nutzt die Begriffe der Gegner, redet von Krediten, Renditen. „Vor allem: Wir haben einen sehr guten Anwalt und wasserdichte Mietverträge.“ Alles gut also in der Robertstraße 12 im östlichen Kölner Stadtteil Kalk? Von wegen. Fragt man Bertram, 29, wie der Häuserkampf ausgehen wird, der hier gerade tobt, kramt sie erst einmal ihren Tabak hervor, dreht sich eine und sagt leiser als vorher: „Ich hoffe, wir packen das.“ Zwei Züge an der Zigarette, dann ist der Trotz zurückgekehrt. „Wir bleiben! Alle!“

Seit fünf Jahren wohnt Jenny Bertram in der Robertstraße. Mit den 13 anderen Bewohnern hat sie sich hier ein kleines Utopia eingerichtet: Das Haus ist mehr als 100 Jahre alt, noch 2006 standen gut die Hälfte der Wohnungen leer. Dann nahmen die verbliebenen Mieter das Heft in die Hand, gestalteten die Einzelmietverträge in WGs um, reparierten das Dach, bauten Bäder ein. Neue Mieter kamen. Es sprach sich herum, dass man in der Robertstraße 12 gut leben kann.

„Wir sind Freunde“, sagt Johannes Schmitt, 29, über die Riesen-WG, „aber wir sind auch gut organisiert.“ Der schlaksige Fotograf ist einer der Sprecher für die Robertstraßen-Mieter, und als solcher hat er gerade gut zu tun. Er hat eben

noch schnell geduscht, wo der Föhn ist, muss er erst Jenny fragen. Normalerweise trocknet er seine Haare so, aber an diesem Nachmittag muss es schnell gehen. Heute geht es darum, das Haus zu retten.

Ende Januar 2014 flatterte nämlich ein Brief vom Kölner Amtsgericht ins Haus. Die alte Besitzerin war verstorben, und weil sich die beiden Erben spinnefeind sind, soll das Gebäude versteigert



„WIR BLEIBEN! ALLE!“ Jenny Bertram und Johannes Schmitt, Mieter in der Robertstraße 12 in Köln, stemmen sich gegen den Verkauf des Hauses, denn dann droht die Luxussanierung

werden. Denn Geld kann man besser teilen als Immobilien. Nach dem Verkauf hätte das Haus einen neuen Besitzer. Und die Mieter befürchten – wohl nicht ganz zu Unrecht – das Schlimmste. Dass einer kommt, der ganz andere Vorstellungen von dem Haus hat als sie. Könnte sein, dass einige dann die Robertstraße 12 verlassen müssten. Weil sie sich die Adresse dann nicht mehr leisten können.

Immobilienmakler nennen Kalk ein „In-Viertel der Zukunft“: Ein Einkaufszentrum gibt es schon, Büroräume für Freiberufler und Start-ups. Das sind die Zeichen, auf die Makler und Investoren warten. Ihr Plan: Heute Häuser zu sichern, um sie morgen luxuriös zu sanieren und übermorgen abzukassieren. Durch deutlich höhere Mieten. Oder durch Eigentumswohnungen, denn mit denen hat man die wenigsten Schereereien.

Gentrifizierung – der Begriff ist zu einem der grausigsten Modewörter der Gegenwart geworden. Erst eine spöttische Sprachschöpfung für die Vertreibung der Unter- und unteren Mittelschicht aus innerstädtischen Vierteln. Mittlerweile: das Indiz für einen Kulturwandel, der nicht nur in Deutschland anscheinend unaufhaltsam vor sich geht. Vom Albtraum der Wohnungssuche in München erzählt man sich ja seit Jahren – heute heißt es, dass man dort praktisch nur noch Chancen hat, wenn man den Makler vierstellig besticht. In Berlin sind Häuserräumungen wieder mediale Großereignisse, wie in den Achtzigern. In der Hamburger Schanze fliegen Steine in die Schaufenster hipper Optiker und Bioläden, entzünden sich Straßenschlachten an Fragen der Gebäudenutzung.

Jetzt auch: Köln. Gentrifizierung – in dem Wort liegt im Jahr 2014 ein Potenzial für urbanen Unfrieden, ein sozialer Sprengstoff, den viele noch gar nicht erkannt haben. Nicht mal die Nachbarn.

Gentrifizierung ist so, als würde die Deutsche Bahn in einem ICE die Wagen der Ersten Klasse plötzlich auf immer mehr Abteile ausweiten. Bald würden die Leute, die sich die Erste Klasse nicht leisten können, keinen Platz mehr finden – und könnten nicht mitfahren. Die Bahn kann sich eine solche Ticketpolitik nicht leisten. Was das Wohnen betrifft, haben viele Städte dagegen weniger Skrupel. Sie



WEM GEHÖRT DIE STADT? Vielleicht können sich auch in Köln-Kalk bald nur noch Kleinhundehalter mit Designerstiefeln gute Wohnungen leisten. Dagegen gehen die „Recht auf Stadt“-Leute in der Robertstraße auf die Barrikaden. Friedlich

fördern in zentrumsnahen Vierteln das Erste-Klasse-Wohnen. Das sieht hübsch aus, steigert die Kaufkraft, bringt Geld.

Dabei gibt es mittlerweile Dutzende von deutschen Städten, in denen ganze Viertel kippen. In denen man mit Zweite-Klasse-Tickets verdrängt wird. Die Gegenreaktion: Betroffene vernetzen sich. Finden eine gemeinsame Sprache. Sind bereit, zu kämpfen. Ihre Botschaft: Die Stadt gehört denen, die in ihr wohnen. Nicht denen, die mit ihr spekulieren.

Zurück in der Robertstraße 12. Es ist der Tag der Brautschau: Für 18 Uhr haben die Erben diverse Investoren eingeladen, die Interesse am Haus haben. Die Bewohner haben sich vorbereitet, sie machen die Braut hässlich. Plakate wurden gemalt, Trillerpfeifen organisiert, man versammelt sich. Oben im zweiten Stock legt eine Bewohnerin den Klassiker von Madness auf: „Our house in the middle of our street“. Auch Kinder sind dabei, ein Polizist spricht alle paar Minuten in sein Funkgerät: „Alles ruhig hier.“

Jenny greift sich ein Megafon. „Wenn gleich die Investoren kommen, bitte ordentlich Rabatz machen!“

Kurz darauf kommt der erste Interessent. Ein normaler Typ, kein Schnösel – in Köln ist es noch nicht ganz so wie in Berlin oder Hamburg, wo sich große internationale Immobilienunternehmen die Häuser unter den Nagel reißen. Johannes Schmitt baut sich vor der Eingangstür auf, spricht den Interessenten an. „Sie haben hier nichts zu suchen, verschwinden Sie!“ Buh-Rufe, Trillerpfeifen. Der Mann weiß zunächst nicht, wie er reagieren soll. Wer in Köln Geld investiert, wird im Normalfall hofiert, nicht ausgesperrt.

Ein paar Sekunden lang stehen sich die beiden Männer gegenüber. Johannes, der hier wohnt. Der Interessent, der das Haus kaufen will. Dann dreht sich der Besucher um, geht wieder. Die Leute vorm Haus johlen. Die junge DJane spielt irgendwas Elektronisches. Der Soundtrack dieser Generation ist nicht mehr Ton Steine Scherben, sondern Minimal Techno.

Um 19 Uhr ziehen Bertram und Schmitt das Fazit des Abends: Vier interessierte Käufer habe man identifiziert, keiner habe sich ins Haus hineingetraut. Und die beiden Erben haben sich gar nicht erst sehen lassen. Ein kleiner Sieg.

Eine Woche später schreibt Bertram eine E-Mail. „Die Robertstraße 12 wurde heute morgen, hinter unserem Rücken, an eine uns bisher unbekannte Person verkauft. Wir befinden uns alle noch in einem Schockzustand und melden uns, wenn es Neuigkeiten gibt.“

Am Tag nach der Protestaktion in Kalk treffen sich im tiefsten Südosten Kölns zwei der Demonstrantinnen noch einmal. Kathi Wiedwald, 52, derzeit arbeitslose Informatikerin, vielfältig politisch aktiv, und Julia Brunner, 26, sitzen auf Bänken in der Sonne. Kathi serviert Instant-Cappuccino aus der Thermoskanne, es ist kühl, aber sie spricht sich schnell



„SITZBLOCKADEN SIND LEGITIM“: Kathi Wiedwald, Aktivistin aus der „Recht auf Stadt“-Gruppe

warm. Kathi hat diesen Renate-Künast-Sound drauf, der Bitterkeit mit Empörung vermischt und in jedem Moment deutlich macht, dass es hier um eine ernste Sache geht.

Julia, Studentin der Erziehungswissenschaften, wohnt erst seit gut einem Jahr in Köln. Mit Gleichgesinnten zog sie damals in die Rolshovener Straße in Kalk, wo alles so war, wie sich Julia ein freies, urbanes Wohnen vorgestellt hatte. Doch auch dieses Haus bangt: Seit ein paar Monaten hat es einen neuen Eigentümer, und der will luxussanieren. „Der neue Besitzer sagt, es sei doch auch in unserem Interesse, wenn das Haus schöner werde, denn in diesem Zustand sei es doch wenig attraktiv. Was für eine Unverschämtheit!“ Rund 200 Euro Miete zahlen sie jetzt,

nach der Renovierung sollen es 350 bis 400 werden. Keiner der zehn derzeitigen Bewohner kann sich das leisten.

Kathi und Julia kennen sich von den Treffen der Initiative „Recht auf Stadt“. Ein bunter Haufen von rund 100 Aktivist:innen, die sich im Bürgerzentrum treffen, sich tapfer und basisdemokratisch an Tagesordnungspunkten entlanghangeln. Auf der anderen Seite: eine Stadt, die U-Bahn-Schächte aushebt, bis buchstäblich der Dom wackelt. Und nichts dagegen tut, dass in immer mehr Vierteln die Verzweiflung und Wut langsam hochkocht.

Aber dann kam die Sache mit Kalle.

Jede soziale Bewegung braucht ihren Moment der Zündung. In Köln hat Karl-Heinz Gerigk, 52, dafür gesorgt. Der städtische Angestellte soll nach 32 Jahren aus seiner Wohnung im Agnesviertel ausziehen, Eigenbedarf des neuen Eigentümers. Für die Leute von „Recht auf Stadt“ eine dreiste Lüge: Sie sagen, der Besitzer wolle auch diese Wohnung luxussanieren und verkaufen. Im Internet haben sie schon eine Anzeige für die aufgewertete Wohnung gefunden. Kalle weigert sich auszuziehen. Am Tag der ersten Zwangsäumung Ende Februar versammeln sich rund 300 Leute vor dem Haus, blockieren den Eingang. Das Fernsehen ist da. Polizei und Gerichtsvollzieher rücken schließlich wieder ab. Auch das: ein Etappensieg.

Wie soll der Protest nun weitergehen? Wie kann man sich wehren gegen das Geld, gegen die Lobby der Investoren? In Hamburg macht man Bambule. In Berlin scheinen sich alle gegenseitig zu beharken. Köln praktiziert den Protest auf seine Art. Man macht es sich nett, mit Straßenfesten und Protestcafés, mit Barrikaden aus symbolischem Umzugskrempel. Mit DJanes, die Minimal Techno spielen.

Doch keiner soll denken, dass das so bleiben muss.

„Ich möchte keine Form des Protests ausschließen“, sagt Julia Brunner. Was kann denn noch kommen? Hausbesetzungen bis zum bitteren Ende? Sitzblockaden gegen Polizisten? „Alles kann zu seiner Zeit gerechtfertigt sein.“ Und wenn die ersten Steine fliegen? Aus Straßenfesten Straßenkämpfe werden? „Man sagt, eine Sitzblockade sei eine Form von Gewalt“, sagt Kathi. „Dabei ist sie eine legitime Form des politischen Widerstands.“

Und dieser Widerstand werde in Köln und auch anderswo in Deutschland stärker werden. „Ganz einfach, weil immer mehr Menschen mit dem Rücken zur Wand stehen. Sie werden herausgedrängt aus der Stadt, auf die alle einen Anspruch haben.“

„Kaum etwas geht einem Menschen so nahe wie der Verlust seiner Wohnung“, sagt Julia.

Was ist denn mit den Autonomen, die man in Hamburg für einen Großteil der Krawalle verantwortlich macht? Auf die E-Mail mit dem Interviewwunsch ans Autonome Zentrum Köln kommt die Antwort: „Wir fragen über die Liste nach, ob jemand reden will. Sonst klappt's nicht.“ Keiner meldet sich, aber einen Tipp gibt es: Auch die Autonomen sind bei „Recht auf Stadt“ dabei. Erst einmal ohne Flagge. Ohne Vermummungen. Ohne Krawall.

Ein letzter Ortswechsel. Klaus Adrian hat den Verlust seiner Wohnung bereits hinter sich. Der 65-jährige pensionierte Beamte ist ein Kölner aus dem Bilderbuch, kurze graue Haare, Schnurrbart, redselig. Im kölschen Singsang, der gerne alles verniedlicht: Käffchen, Bierchen, Sträßchen. Nur von Problemchen spricht er nicht. Die sind nicht niedlich.

Adrian wohnt am Rathenauplatz in der südlichen Kölner Neustadt. Früher nannte man ihn „Rattenplatz“, so dreckig und hässlich war die Ecke. Dann gründeten Anwohner einen Verein, gestalteten

den Rathenauplatz zu einem der schönsten innerstädtischen Orte. Im Sommer ist wieder Fußball-WM, dann trifft man sich hier bei Kölsch und Bratwurst zum Public Viewing, die Kinder toben auf den zwei Spielplätzen. Köln hat nicht viele Ecken, in denen das Leben so einfach ist.

Allerdings: Bis auf Adrian wohnt keiner von denen, die das möglich gemacht haben, noch hier. Der Spuk begann vor ein paar Jahren. Investoren übernahmen die Häuser, drängten auf sogenannte Entmietung. „Ein paar arme Seelen haben ohne Abfindung eingewilligt, die wollten einfach nur ihre Ruhe haben“, sagt Adrian. Er erhielt 20.000 Euro. Fand für sich, seine Frau und seinen zehn Jahre alten

„Ganz viele stehen mit dem Rücken zur Wand. Werden aus der Stadt gedrängt“

SPONTISPRÜCHE: Der Protest erinnert an die goldenen 80er Jahre des deutschen Aktivismus



ORDENTLICH RABATZ MACHEN: Jenny Bertram dirigiert den Straßenprotest, es hilft ja sonst nichts

Sohn gleich nebenan eine günstige Wohnung. Viele seiner Mitstreiter vom Rathenauplatz hatten weniger Glück.

„Wenn der Prozess der Luxussanierungen so weitergeht, wird das Viertel kippen“, sagt Klaus Adrian. Er hat gehört, dass die neu entstandenen Eigentumswohnungen bis zu 6000 Euro pro Quadratmeter kosten, gekauft werden sie von Singles oder kinderlosen Paaren. Ein stadtentwicklerisches Meisterstück – doof nur, dass die Menschen, die es vollbracht haben, verjagt worden sind. „Es ist zum Kotzen“, sagt Adrian.

Seine Form der Beschwerde ist friedlich, gutbürgerlich. Leserbrief, Schreiben an die kommunale Politik. Er spricht mit den Leuten, pocht darauf, dass sie ihre Versprechen halten. Dass die städtische Immobiliengesellschaft GAG von der Börse geht zum Beispiel, damit sozialer Wohnungsbau wieder im Fokus steht, nicht die Rendite. Sitzblockaden gibt es am Rathenauplatz nicht.

Am Schluss des Gesprächs formuliert Klaus Adrian dann einen Wunsch, der sich aus der trüben Gegenwart heraus in die Zukunft richtet. In eine Zukunft, in der sich die Lage möglicherweise noch verschärft. Und sich von den Metropolen aus weiterbewegt, ins Hinterland, in die Mittelzentren. In einer Zeit, in der Wohnungen und Häuser die beste Kapitalanlage sein werden, für alle, die es sich leisten können. Und in der die faktische Obdachlosigkeit ein Problem werden könnte, das nicht nur die völlig Gestrauchelten der Gesellschaft betrifft.

„Die jüngere Generation“, sagt Klaus Adrian, „die jüngere Generation soll ruhig andere Strategien anwenden, um gegen diese Ungerechtigkeit vorzugehen.“ Vielleicht stehen uns heiße Zeiten bevor. ●